

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

375

Wien, am 21. Dezember 1933

~~Wiener Gemeinderat~~

Nach Eröffnung der Sitzung wird die Wahl der Vertrauensmänner in das zentrale Gemeindevermittlungsamte vorgenommen. Sodann erstattet ein Fortsetzung der Spezialkommission Stadtr. Linder den Bericht über die Verwaltungskommission für Ernährungs- und Wirtschaftswesen:

Staat, Land und Gemeinden sind durch die weiteren wesentlichen Verminderungen der Steuereinnahmen, die eine Folge der in den letzten Jahren sich immer steigenden Krisen waren, sowie durch die Steigerungen der Ausgaben auf sozialem Gebiete und durch die Notwendigkeit, grosse zusammenbrechende Wirtschaftszentren zu stützen, um Katastrophen zu vermeiden, in derartige finanzielle Schwierigkeiten geraten, dass zur Deckung unvermeidlich gewordener Defizite zu ausserordentlichen Massnahmen gegriffen wurde. Steuern und Zollerhöhungen, Drosselung des Personals und Sachaufwandes mussten durchgeführt werden. Sie haben auch vorübergehend gewisse Erleichterungen gebracht, wirken aber neuerlich verheerend auf das wirtschaftliche Leben, was sich auch im kommenden Jahr durch weiteren Rückgang der Einnahmen auswirken wird. Infolge der verringerten Kaufkraft reduzierten sich die Umsätze, was naturgemäss drückend auf die Warenpreise wirken musste, so dass trotz der neuen Steuern und sonstigen Belastungen im allgemeinen keine nennenswerten Preissteigerungen zu verzeichnen waren.

Das städtische Wirtschaftsamt hat auch bei seinen Einkäufen auf die Weltmarktlage, die sich im Inlande in gleicher Weise auswirkte, Bedacht genommen und nur nach Massgabe des Verbrauches und im Rahmen des Bedarfes Anschaffungen vorgenommen und seine Werratswirtschaft auf das für seine Promptlieferungen notwendige Mass eingeschränkt. Das Wirtschaftsamt deckt fast den gesamten Sachbedarf der städtischen Hoheitsverwaltung mit Ausnahme der Baumaterialien und einiger Spezialartikel der technischen Abteilungen und des Gesundheitsdienstes. In einigen Belangen wie Papier, Autobereifung und Benzin, versorgt das Wirtschaftsamt auch die städtischen Unternehmungen. Das Wirtschaftsamt hat ja nicht nur die Aufgabe, zentrale Beschaffungsstelle zu sein, sondern hat, gerade bei den jetzigen Verhältnissen, in erhöhtem Masse die Verpflichtung, auf eine Einschränkung des Aufwandes der Dienststellen hinzuwirken. Der stärkste Rückgang des Umsatzes erfolgte bei Textilien und Lederwaren.

Wie schon erwähnt, ist dies auf verschiedene Ersparungs-massnahmen und auf die rückläufigen Preise zurückzuführen.

Im letzten Drittel des Jahres 1933 zeigt sich allerdings schon eine steigende Tendenz der Preise. So haben sich Baumwollwaren bereits um ca 4 Prozent verteuert, Wollgewebe um 10 bis 15 Prozent. Am stärksten ist die Preiserhöhung bei Lederwaren. Hier zeigen sich gewaltige Steigerungen; bei Rindbox ca 40 Prozent, bei Gruppen 4 Prozent, bei Brandschlen -Avern und Rahmenhälsen 10 bis 20 Prozent. Eine geradezu unerhörte Preissteigerung, nämlich 60 bis 70 Prozent, ist bei Schlen -Avern eingetreten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in der Schuhfabrikation das geringwertige Material stärker als bisher verwendet wird. Während die Preise für Häbbfabrikate wie Meterware und für Leder schwankend steigend waren, sind die Konfektionslöhne seit langem konstant geblieben.

Der Umsatz an Autobereifung ist von 350.000 S auf 220.000 S zurückgegangen. Dies ist aber hauptsächlich auf den günstigen Einkauf

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

und nur zum geringen Teil auf die Verringerung der Kilometerleistung zurückzuführen.

Verhältnismässig am wenigsten konnte bei den Lebensmitteln erspart werden. Beim Brennmaterial ist der Umsatz um rund 200.000 S. zurückgegangen. Hier wäre hervorzuheben, dass es gelungen ist, den Verbrauch an ausländischer Steinkohle von 3.231 Waggons umbeinahe rund 1.000 Waggons herunterzudrücken. Der Bedarf an inländischer Kohle ist dadurch um 1.440 Waggons gestiegen.

Das städtische Baustofflager im III. Bezirk hatte in den zehn Monaten des Jahres 1933 einen Einlauf von 660 Waggons à 10 Tonnen Pflaster- und Randsteine zu verzeichnen. Diese Zahl ist gegenüber dem Vorjahre nur deshalb nicht wesentlich niedriger, weil die Gemeinde neben ihrem normalen Strassenbauprogramm unter Zuhilfenahme eines Kredites ein ausserordentliches Strassenbauprogramm zur Durchführung brachte. Der Gesamtaufwand an Steinmaterial für das zur Milderung der Arbeitslosigkeit in Wien und im Interesse der notleidenden Steinindustrie von der Gemeinde Wien im Herbst 1932 begonnene und 1933 fortgesetzte ausserordentliche Strassenbauprogramm betrug rund 1.420 Waggons, für deren Erzeugung ein Arbeitsaufwand von rund 630.000 Arbeitsstunden notwendig waren.

Der Gesamtstundenumsatz der durch die Magistrats-Abteilung 40 im Jahre 1933 beschafften Baumaterialien weist entsprechend der gedrosselten Bautätigkeit ebenfalls eine rückläufige Bewegung auf. Der Umsatz beträgt dem Gelde nach 9.720.000 S., der Gewichtsmenge nach 360.000 Tonnen. Nach einer Schätzung dürften die endgiltigen Jahresabschlussziffern gegenüber dem Vorjahr um 30 % tiefer liegen.

Durch diese Einschränkungen sind nicht allein die Baumaterialproduzierenden Gewerbe und Industrien des Landes Wien, sondern auch die der übrigen Bundesländer, da deren Anteil an den Umsätzen 40 - 48 % betrug, betroffen.

Unter den Ereignissen, die auf die Kosten der Baumaterialien Einfluss nahmen, ist vor allem eine am 6. März von der Generaldirektion der Bundesbahnen verlautbarte Tarifierhöhung für Schottersendungen zu erwähnen, die eine Steigerung des Preises für Strassenschotter um 57 Groschen per Kubikmeter zur Folge hatte.

Von einschneidender Bedeutung war auch die am 1. Juli 1933 in Kraft getretene Lastkraftwagen-Verkehrsordnung der Bundesregierung.

Durch diese Verordnung wurden die Frachtbegünstigungen der Gemeinde für Sand, Ziegel und teilweise Zement betroffen.

Der Grundbesitz der Gemeinde und der von ihr verwalteten Fonds, einschliesslich des Mitbesitzes, betrug Ende 1932 in Wien 7.508'85 ha, ausserhalb Wiens 14.743'60 ha, wobei das öffentliche Gut nicht berücksichtigt erscheint.

Sofern die städt. Gründe nicht für eigene Zwecke der Gemeinde oder ihrer Unternehmungen Verwendung finden, werden sie so verwaltet, dass sie den nach den jeweiligen Verhältnissen zu erzielenden bestmöglichen Nutzen abwerfen.

Durch die Schaffung der Stadtrandsiedlung wurden insgesamt mehr als 1.200.000 m<sup>2</sup> an Erwerbslose abgegeben, um ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich durch intensive Bewirtschaftung ihrer Siedlerstellen eine erträgliche Existenz zu sichern.

Die Zufuhren am Zentralviehmarkt stehen heuer wie im Vorjahre ganz unter dem Einfluss der durch das Viehverkehrsgesetz getroffenen Regelung der Auftriebe durch die Viehverkehrsstelle.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

Aufgabe der Viehverkehrsstelle ist es, einerseits die heimische Produktion vor allen anderen Provenienzen auf dem Wiener Markt zu fördern und andererseits die zur Ergänzung des Bedarfes noch notwendigen ausländischen Einfuhr - Kontingente auf das niedrigste Ausmass zu beschränken.

Dadurch soll der Geldmarkt geschont werden, es sollen aber auch die Viehpreise auf einer die Landwirtschaft befriedigenden Höhe gehalten werden.

Diese Taktik führte bei einer durch die wirtschaftliche Notlage stark geminderten Kaufkraft zu einem steten Konsumrückgang.

Der Konsumrückgang hatte wieder einen Rückgang des Auftriebes und verhältnismässig hohe Preise für österreichisches Vieh im Gefolge, während das ausländische Vieh billiger war.

Dadurch konnten die ausländischen Einsender hohe Gewinne erzielen.

Das Ausland hat also aus den Massnahmen zur Förderung der österreichischen Landwirtschaft einen unverhältnismässig grossen Nutzen gezogen.

Der Rinderauftrieb betrug in den ersten 10 Monaten des Jahres 1933 ... 91.028 Stück, was gegenüber 1932 einem Rückgang von 18% entspricht.

Der Rückgang bei Lebendkälbern betrug 22%, bei Weidener Schweinen 20%.

Hingegen stieg die Anlieferung von inländischen Lebendschweinen um 38.837 Stück, das sind 16%.

Die Einfuhr ausländischer Fleischschweine ging jedoch um 65.752 Stück zurück, was gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um 40% bedeutet.

Die Verringerung der Zufuhren spielt nicht nur für die Approvisionierung an und für sich eine Rolle, sondern wirkt sich auch in einer Minderung der Markt -, Stall -, Beschau - und Schlachthausgebühren aus.

Die bereits begonnenen baulichen Massnahmen in der Grossmarkthalle werden voraussichtlich im März 1934 vollendet sein.

Die dadurch erzielte Vergrösserung bietet Raum für 1.400 Fleischnägeln.

Auf dem Gemüsemarkte haben die inländischen Gemüsezufuhren bis Oktober 1933 um 26.614 qu zugenommen.

Da sich jedoch die Auslandzufuhren im gleichen Zeitraume um 77.538 qu verringert haben, so ergibt sich gegenüber dem Vorjahre ein Manko von 50.900 qu.

Die Eierbeschickung ist infolge der Drosselungen bei Auslandsendungen um fast 10.000.000 Stück zurückgegangen.

Die Inlandproduktion konnte um 3.700.000 Stück gesteigert werden so dass heuer insgesamt um 6.300.000 Stück Eier weniger auf dem Markt gebracht wurden.

Die Lagerhäuser der Stadt Wien konnten von 1929 bis Ende 1932 ihre Beschäftigung um fast 100% steigern und hatten im Jahre 1932 eine Güterbewegung im Ein - und Ausgang von fast 45.000 Waggons.

Inzwischen hat Oesterreich seinen Bedarf an Brot - und Futtergetreide immer mehr selbst zu decken versucht, so dass die Getreideeinfuhr stark gedrosselt wurde.

Der Güterumsatz des Jahres 1933, insbesondere der Getreideverkehr, ging infolgedessen um beinahe 30% zurück.

Die Kaianlage hat durch den Rückgang der Getreideeinfuhr sehr stark an Beschäftigung verloren.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am \_\_\_\_\_

IV

Als erfreulich ist zu verzeichnen, dass im laufenden Jahre die landwirtschaftlichen Genossenschaften begonnen haben, mit den Lagerhäusern im Getreideverkehr zu arbeiten.

Die überragende Bedeutung Wiens als Umschlagplatz im österreichischen Donauverkehr ist auch in der heutigen Zeit der wirtschaftlichen Neuordnung geblieben, ja es konnte seinen Anteil am Gesamtverkehr durch die namhafte Steigerung von 48 auf 58% noch mehr.

Es ist zu hoffen, dass die Verhandlungen mit den interessierten Gruppen des In- und Auslandes, mit den Bundesbahnen und mit den Bundesministerien für Handel & Verkehr und Land- & Forstwirtschaft zu einem befriedigenden Abschluss kommen, um Wiens Stellung als Umschlagplatz noch mehr zu festigen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Hüka konstatiert zunächst mit Genugtuung, dass sich die Gemeindeverwaltung in dem Betrieb Lagerhäuser den heutigen Verhältnissen angepasst hat. Bedauerlich wurde der Personalstand reduziert und hoffentlich wird sich auch das Defizit radikal vermindern. Der Redner bedauert, dass die Investitionen für die Grossmarkthalle wesentlich eingeschränkt wurden, dass die Vorarbeiten für die durchgeführten Investitionen sehr mangelhaft waren, so dass die eine Ladestrasse dem Verkehr nicht übergeben werden kann, die andere überhaupt nicht gebaut wird. Er stellt sodann eine Reihe von Anträgen. Die bestehende Gebührenvorschrift für die Grossmarkthalle soll ehestens einer Novellierung zugeführt werden. Jede Bevorzugung der Konzernunternehmungen der Gemeinde gegenüber anderen Gewerbetreibenden haben in Zukunft zu unterbleiben. Der Mietvertrag mit dem Zentralverband der Lebensmittel- und Genussmittelarbeiter betreffend die Gehilfengardarobe in der Grossmarkthalle ist ehestens zu kündigen. Die Praxis bei der Erteilung der Arbeitsbewilligungen (Lizenzen) auf den öffentlichen Märkten hat nur im Sinn der Kundmachung vom Jahre 1909 zu erfolgen und darf nicht durch eine schikanöse Auslegung dieser Kundmachung die Aufnahme von Arbeitskräften nahezu unmöglich gemacht werden. Schliesslich beantragt er, dass die 14 am Zentralmarkt neu aufgestellten automatischen Präzisionswaagen wegen ihrer absoluten Untauglichkeit entfernt und durch einwandfreie Waagen ersetzt werden. Wie untauglich diese Waagen sind, soll durch ein Beispiel gezeigt werden. Da wurde bei einem Schwein zuerst ein Gewicht von 59 kg konstatiert, dann auf einer Kontrollwaage ein Gewicht von 87 kg. Bei einer Waageprobe wurde der Oberaufseher der Markthalle gewogen und bei ihm zuerst ein Gewicht von 99, dann von 62, dann von 67 kg konstatiert (Heiterkeit b.d. Chr. soz.). Der Redner ersucht, seine Anträge anzunehmen. (Beifall b.d. Chr. soz.)

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V

Wien, am \_\_\_\_\_

GR Schlösinger (Chr. soz.) stellt einleitend den Antrag, alle Ab-  
gelegenheiten, die das Schulwesen betreffen in einem eigenen Referat  
"Schulwesen" zusammenzufassen. Bei Besprechung der Einnahmenseite ver-  
weist die Rednerin auf die Feststellung des Rechnungshofes, dass sich im  
Jahre 1932 ein ~~Minus~~ Minus von 5.760 Schilling für Miete und von 26.230 S  
für die Benützung von Schulräumen ergeben hat. Unter den schuldnerischen  
Vereinen war ~~der~~ der Verein Freie Schule-Kinderfreunde, die jüdisch-sozia-  
listische Arbeiterjugend und der Turnverein Makkabi. Sie wünscht Auf-  
klärung über einen Erlass des Stadtschulrates vom 9. Oktober d. J., worin  
streng eingeschärft wird, dass Auskünfte über Vereine an den Schulen auch  
an amtliche Personen verboten sind, wenn der Stadtschulrat oder der Mg-  
gistrat dazu nicht eigens legitimiert hat. Zu bemängeln ist auch die  
Vermietung des Turnsaales der aufgelösten Volksschule in der Grünentor-  
gasse an den Verein der Freien Religiösen, den Ersatzverein des aufge-  
lösten Freidenkerbundes. Dieser Verein wollte an einem Sonntag eine Weihe-  
stunde ~~abhalten und zur Vorbereitung~~ wurde ein grosses obszönes Bild im  
Turnsaal aufgestellt. Es ist zu der Weihestunde nicht gekommen, denn der  
Raum wurde polizeilich versperrt und versiegelt.

Die Rednerin beantragt, für die Anbringung der Kreuzbilder in  
allen Klassen der städtischen Schulen vorzusorgen, die unentgeltliche  
Ausgabe von Lernmittel, auf die Kinder mittelloser und minder bemittelter  
Eltern zu beschränken, das Recht der Lehrerkonferenz auf Mitberatung bei  
Einführung neuer Bücher wieder herzustellen und alle Bücher, die nicht  
die ministerielle Genehmigung haben, auszuschneiden. (Beifall bei den  
Christ. soz.)

Str. Linder bemerkt in seinem Schlusswort, er werde veran-  
lassen, dass die Anträge, die auf den Stadtschulrat Bezug haben, diesem  
überwiesen werden. Jedem Wunsch nach Zuweisung von Christusbildern werde,  
soweit der Vorrat reicht, entsprochen. Zur Frage der ~~... ..~~  
Ausgabe von Lernmitteln könne er sich, was die pädagogische Seite betrifft,  
nicht äussern. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus muss aber darauf  
verwiesen werden, dass die Wiener Bevölkerung, <sup>durch</sup> dass die Gemeinde die Schul-  
bücher ausgibt, einzieht und wieder verwendet, nur mit 270.000 Schilling  
im Jahr belastet wird, während die Belastung sonst  $3\frac{1}{2}$  Millionen Schill.  
beträgen würde. Auf die Bemängelungen des GR Huka bezüglich der automa-  
tischen Präzisionswaagen erwiedert der Referent, das Landwirtschafts-  
ministerium habe im Interesse der Einsender die Aufstellung automatischer  
Waagen gewünscht, da <sup>bei den Viehsendungen</sup> ~~...~~ Gewichtsverluste konstatiert  
wurden. Es ist richtig, dass es bei einzelnen Waagen Differenzen gege-  
ben hat, richtig ist aber auch, dass die betreffenden Waagen sofort ausser  
Betrieb gesetzt wurden. Der Konflikt scheint sich darauf zu beziehen,  
dass die Waage zu genau wiegt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Schlösinger betreffend die  
Zusammenfassung aller Schulfragen in einem eigenen Referat abgelehnt.

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe 6 werden angenommen.

Die Anträge Schlösinger betreffend die Lehr- und Lesebücher, be-  
treffend die Mitberatung der Lehrerschaft bei Einführung neuer Bücher  
werden dem Stadtschulrat übermittelt, der Antrag auf Anbringung von  
Kreuzbildern wird der geschäftsmässigen Behandlung zugewiesen,  
der Antrag betreffend die <sup>Einsparung</sup> unentgeltliche Abgabe von Lernmittel wird  
abgelehnt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V!

~~Die Anträge Huka betreffen die Gebühren Wien an ... für die Gross-  
marktfläche ... die aut. Präfektionswachen ... die ...  
geführt, die ubr. Anträge abgelehnt.~~  
Die Verhandlungen über die Verwaltungsgruppe für allgemeine Ver-  
waltungsangelegenheiten leitet amtsführender Stadtrat Richter mit folgenden  
Bericht ein:

In der Verwaltungsgruppe VII zeigt sich nach dem Voranschlags-  
entwurf der seltene Fall, dass eine Nettoeinnahme von 886.000 S. aufscheint.  
Das ist nur möglich, weil diese Verwaltungsgruppe weniger Material - als  
Menschenaufwand hat und die Personalkosten in der Verwaltungsgruppe I unter-  
gebracht sind. Die grösste Ausgabe in dieser Gruppe sind die Sachausgaben  
der Feuerwehr mit 719.800 S. Für den Betrieb und die Erhaltung des Fahrparkes  
sind 277.000 S., für die Ausrüstungserhaltung 205.000 S. und für die Erhal-  
tung der Fernsprech - und Meldeeinrichtungen 96.000 S. vorgesehen. Für Inve-  
stitionen, vor allem für die Einrichtung des Grossschaumlöschverfahrens, sind  
120.000 S. vorgesehen. Die Gesamtkosten des Feuerlöschwesens betragen  
6.668.000 S.

Das Sicherheitswesen erfordert Ausgaben im Betrage von 132.000 S.  
Für die Baupolizei und die Verkehrsangelegenheiten werden 72.500 S. ausge-  
geben. Für die Gemeindewache sind nur die Sachkosten im Betrage von 8.400 S.  
in der Gruppe VII eingestellt. Die Veröffentlichungen der Gemeinde Wien erfor-  
dern einen Sachaufwand von 69.880 S. Für die Bürger - , Geschworenen - und  
Schöffenlisten sind 180.000 S. eingestellt. Für die Förderung der Gegenwarts-  
kunst sind 30.000 S., für die Förderung von Theater - und Musikaufführungen  
für Arbeiter und Angestellte 15.000 S. vorgesehen. Für die Museen und die  
Bibliothek der Stadt Wien, einschliesslich der Volksbücherei in der Villa  
Wertheimstein, sind 55.200 S. präliminiert. Die verschiedenen Ausgaben der  
Gemeinde, wie Gewerbeförderungsinstitut der Stadt Wien, Ehrengaben, Kranz-  
spenden u.s.w. sind mit 100.000 S. veranschlagt.

Wenn sich auch die private Bautätigkeit im Jahre 1934 erfahrungs-  
gemäss nur in bescheidenen Grenzen bewegen wird, so ergibt sich doch vielfach  
die Notwendigkeit zu kleineren Aenderungen des Bebauungsplanes, hauptsächlich  
durch die Schaffung und Aenderung von Kleingartengebieten am Stadtrand. Aus-  
serdem ist beabsichtigt, die bereits genehmigten Flächenwidmungs - und Bebau-  
ungspläne im Gelände zu versteinen. Ebenso ist die Vermarkung und Versteinung  
der Gemeindegrenze, hauptsächlich am linken Donauufer, geplant.

Aus Sicherheitsrücksichten muss im kommenden Jahre mit der Ueber-  
prüfung der Benzinlagerungen und Benzinabscheider in den mehr als 1000 Gara-  
gen Wien's begonnen werden, da sich gezeigt hat, dass diese Anlagen häufig  
nicht so instand gehalten werden, wie es die Sicherheit erfordert.

Auch das Verkehrswesen erfordert erhöhte Aufmerksamkeit, wenn es  
auch nicht möglich ist soviel an Geldmitteln zur Verfügung zu stellen, als  
wünschenswert wäre. Aufmerksamkeit und Umsicht müssen die Sicherheit des Ver-  
kehrs gewährleisten.

Die Forderung nach Minderung des Verkehrslärmes wird durch Ueber-  
wachung der Fahrzeuge und ständige Beeinflussung ihrer Erfüllung näher ge-  
bracht. So müssen denn trotz aller Sparsamkeit alle Notwendigkeiten erfüllt  
werden und ich bitte, den Ansätzen der Verwaltungsgruppe VII Ihre Zustimmung  
zu erteilen. ( Lebhafter Beifall ).

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII.

Wien, am.....

GR. Dr. Wernisch (chr. soz.) regt an, die Kosten des Schaumlöschverfahrens der Feuerwehr mit Hilfe von Beiträgen der Versicherungsgesellschaft zu decken. Er befasst sich sodann ausführlich mit der Gemeindegewache und erwähnt, dass sie noch immer die stattliche Zahl von 208 Mann umfasse, wobei der einzelne Gemeindegewachsmann einen Nettobezug von 295 S im Monat habe. Dabei lässt die Auswahl des Personal sehr zu wünschen übrig. Wenn man schon Gemeindegewachleute einstellt, sollten es wenigstens Wiener sein. Da wurde aber ein geborener Wr. Neustädter als Gemeindegewachsmann aufgenommen (Hört Hört b. d. Chr. soz.) Man muss fragen, was heute noch der Zweck der Gemeindegewach sein soll. Soll <sup>es</sup> eine Leibgarde oder eine Truppe gegen die staatliche Autorität sein. Die Verhältnisse haben sich seit dem März so entwickelt, dass Sie jeden Gedanken daran aufgeben sollten. Der Redner bemängelt sodann, dass für die Kunst nur der Bettelbetrag von 45.000 S ausgegeben werde, beklagt sich über die mangelnde Förderung des Gewerbes und über die Praxis der Heimatrechtserteilungen. Er habe als Schöffe bei einer Verhandlung selbst konstatieren können, dass zwei Ostjuden im Jahre 1919 und 1920 heimatzuständig erklärt wurden, Juden, die vom Gericht als Gewohnheitsdiebe verurteilt wurden. Die Zuerkennung des Heimatsrechtes und der Gewerbeberechtigung seit dem Jahre 1920 müsste überprüft werden. Er erklärt, dass seine Partei gegen das Budget stimmen werde (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.)

GR. Dr. Kotzaurek kritisiert die Praxis der Strassenbenennungen. Hier müssten gewisse Grundsätze herrschen und insbesondere müsste die Lokalgeschichte eine Rolle spielen. Man kann sich bei den Strassenbenennungen gewiss nicht lediglich aufs Inland beschränken und es gibt auch Ausländer, die sich um die Stadt Verdienste erworben haben. Aber da werden Strassen nach Leuten benannt, die in der Geschichte Wiens überhaupt keine Rolle spielen. <sup>Sie</sup> wurden im letzten Jahre Strassen nach Tschachoff Diderot Spinoza und Greulich und sw. benannt. Ueber diese berühmten Männer soll nichts gesagt werden, aber sie haben sich um die Stadt Wien keinerlei Verdienste erworben. Dagegen ist es den Sozialdemokraten noch nicht eingefallen Strassen etwa nach Pater Abel, nach dem Kardinal Piffl oder nach dem grossen Staatsmann Seipol zu benennen. Es handelt sich dabei durchaus nicht um nebensächliche Dinge, da gerade derlei auf das Volk sehr wirkt. (Beifall b. d. Chr. soz.)

St. R. Richter weist in seinem Schlusswort darauf hin, dass die Bezahlung der Gemeindegewache mit S 295 pro Kopf nicht als zu hoch bezeichnet werden dürfe, da diese Leute eine längere Dienstleistung haben als die gewöhnliche, die auch vergütet werden muss. Unbegreiflich ist es, dass ein Gemeinderat die Gemeindegewache als Leibgarde bezeichnen kann. Es ist eines Gemeinderates nicht würdig, im Gemeinderat sich solcher Argumente zu bedienen (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit). Was die Grundförderung betrifft, so wäre es sehr wünschenswert, wenn andere Körperschaften für die Kunst so viel täten wie die Gemeindegewache. Was die Kritik an den Heimatrechtszuerkennungen betrifft, so ist es durchaus keine Schande, wenn <sup>auch</sup> einem Menschen, der 20 Jahre in Wien, lebt, das Bürgerrecht zuerkannt wird, auch dann, wenn seine Wiege nicht an der Donau gestanden ist. Wenn man die Geburtsscheine der Opposition überprüfen würde, würde man wahrscheinlich auch daraufkommen, dass manche von ihnen nicht in Wien geboren, aber in der Zeit, da sie hier gelebt haben, zu vollwertigen Wienern geworden sind. Was die Strassenbenennungen betrifft, so ist <sup>es</sup> kein grosses Oesterreicher von uns übergangen worden. Auch hinsichtlich Seipols bestehen hier bereits gewisse Pläne. St. R. Richter ersucht schliesslich den Voranschlag seiner Gruppe zu genehmigen. (Beifall b. d. Mehrheit). Die Ansätze der Gruppe VII werden genehmigt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII

Wien, am.....

Damit ist die Spezialdebatte über die einzelnen Verwaltungsgruppen beendet.

Zu Kapitel "Bilanzen und Bedeckung" bemerkt STR. Dr. Danneberg, dass das, was zu diesem Kapitel zu sagen ist, schon in der Generaldebatte gesagt wurde; er bittet daher um Annahme der Anträge des Magistrates.

GR Dr. Zörnlaib erklärt, die Opposition könne die Bitte des Referenten nicht erfüllen, weil auch im Zuge dieser Beratung keinem Ihrer Anträge stattgegeben, keiner ihrer Anregungen und Bemängelungen Rechnung getragen und insbesondere auch die Bemängelungen bezüglich des Steuerwesens auch heuer nicht berücksichtigt wurden. ~~Das~~ vom Referenten in einer früheren Debatte erwähnte Aufnahme von Hypothekendarlehen <sup>handelt es sich um</sup> als eine Eigentümerhypothek, daher etwas ganz anderes als die vom StR Aunschak angeregten Hypothekendarlehen.

STR Dr. Danneberg erklärt in seinem Schlusswort, dass für die Gebarung der Gemeinde Wien diese Hypotheken genau solche Hypotheken sind wie andere und die Bundeswohnbauförderung war nur der äusserliche Anlass, um diese Hypotheken aufzunehmen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Magistrates angenommen.

Damit ist der Voranschlag für 1934 beschlossen.

Es wird in die Beratung des Wirtschaftsplans der städtischen Unternehmungen eingegangen. Für den erkrankten Vizebürgermeister Emmerling erstattet STR. Dr. Danneberg den Bericht über die Wirtschaftspläne der städt. Unternehmungen. Trotz der Sparmassnahmen präliminieren die Gaswerke für das Jahr 1934 Investitionen im Betrage von 5.4 Millionen S. Bei den Elektrizitätswerken sind trotz der Strompreiserhöhung die Einnahmen nur ~~ganz~~ wenig höher angesetzt als heuer. Auch die Elektrizitätswerke müssen trotz aller Sparmassnahmen für das nächste Jahr mit namhaften Investitionen rechnen, die mit 5.2 Mill. Schilling eingestellt sind. Zu den Sparmassnahmen, die im Bereich der Elektrizitätswerke vorzunehmen sind, gehören auch die Veränderungen, die durch die stetig steigende Benützung des Wasserkraftstromes hervorgerufen werden sind. Die Elektrizitätswerke hatten vor dem Jahre 1924 nur eine ganz geringfügige Verwendung von Wasserkraften. Seither haben die Wasserkräfte einen stets grösseren Anteil an der Aufbringung des elektrischen Stromes genommen. Das hat dazu geführt, dass in der Organisation der Elektrizitätswerke starke Veränderungen vorgenommen werden mussten. Im Jahre 1912 war das Braunkohlenvorkommen an der niederösterreichisch-burgenländischen Grenze von der Gemeinde Wien erworben und die Braunkohlgewerkschaft Zillingdorf gegründet worden. 1913 wurde mit dem Bau des Kraftwerkes in Ebenfurth begonnen, das im Jahre 1916 eröffnet wurde. Der Bergbau hat durch den Krieg und unmittelbar nach dem Krieg sehr gelitten, er hat aber gerade in der Zeit nach dem Krieg gute Dienste geleistet. Seither haben sich die Verhältnisse insbesondere durch den Ausbau der Wasserkäfte sehr geändert und heute stehen wir soweit, dass im Jahre 1933 der Anteil des Wasserkraftstromes an der Strombedarfdeckung der Wr. Elektrizitätswerke schon auf 71 Prozent des ganzen Strombedarfes gestiegen ist; dagegen ist die Verwendung der ausländischen Kohle von 63.5 Prozent im Jahre 1924 auf 4.5 Prozent im heurigen Jahre gefallen. Nun ist es aber soweit, dass auch die Ueberlandkraftwerke in Ebenfurth überflüssig geworden sind, und so



# ATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

dauerlich es ist, muss dieses Werk aus Ersparungsgründen aufgelassen werden. Es wird als Schalt- und Transformatorenstation, aber natürlich mit einem erheblich geringeren Arbeiterstand weiter verwendet werden. Selbstverständlich wird alles getan, um den Abbau möglichst erträglich zu machen. Arbeiter mit einer Dienstzeit von weniger als fünf Jahren werden ihre Pensionsbeiträge von 1.000 bis 1.200 Schilling zurückbekommen, Arbeiter mit 5 bis 9 Dienstjahren werden Abfertigungen von 750 bis 3.600 Schilling pro Kopf erhalten, während die Arbeiter mit mindestens 10 Dienstjahren und die anderen bis zu 22 Dienstjahren mit Pensionen von monatlich 100 bis 200 Schilling in den Ruhestand versetzt werden. Selbstverständlich ist in diesem Zusammenhang auch die Stilllegung des Tagbaues von Pötttsching notwendig.

Bei den Strassenbahnen ist so wie in den anderen grossen Städten Europas auch weiterhin mit einem Rückgang zu rechnen. <sup>für das nächste Jahr</sup> Es wird auf Mill. Passagiere geschätzt. Ungeachtet der Tarifmassnahmen schätzen die Strassenbahnen die Einnahmen für das nächste Jahr geringer ein, <sup>sie</sup> ~~die~~ für das Jahr 1933 zu erwarten sind.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am \_\_\_\_\_

X.

St. R. Danneberg macht sodann Mitteilungen über die Auswirkung der letzten Tarifregulierung bei den Strassenbahnen. Es ist heute nicht möglich, ein endgültiges Urteil über die letzten Tarifmassnahmen abzugeben, da nur das Ergebnis der ersten Hälfte des Monats Dezember vorliegt und man auch da vielfach auf Schätzungen angewiesen ist. Wenn man die Monate Oktober und November mit den gleichen Monaten des Vorjahres vergleicht, müsste sich für Dezember ein Rückgang von 8<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Prozent bei der Strassenbahn ergeben. Der Rückgang hat aber in der ersten Dezemberhälfte nicht einmal ganz 6 Prozent betragen, sodass hier eine Differenz von 2<sup>1</sup>/<sub>6</sub> Prozent sich ergibt. In Fahrgäste umgerechnet bedeutet das, dass für diesen halben Monat eine Vermehrung der Fahrgäste um 372.000 eingetreten ist. Man könnte also allenfalls annehmen, dass der 20Groschentarif diese Vermehrung in den 24 Tagen gebracht hat. Diese 372.000 Passagiere bedeuten beim 20Groschenfahrtschein eine Mehreinnahme von S 74.400. Nun sind allerdings im Ganzen nicht 372.000, sondern 1,297.000 20Groschenfahrtscheine ausgegeben worden, sodass man, wenn diese ganzen Schätzungen richtig sind, annehmen müsste, dass 925.000 Fahrgäste von der normalen Fahrkarte auf den 20Groschentarif übergegangen sind. Das zeigt, dass, wenn man nicht durch eine Erhöhung des Preises der normalen Fahrkarte Vorsorge getroffen hätte, das ganze Experiment mit den 20Groschenfahrtscheinen vermutlich zu einer sehr grossen Minderung der Einnahmen der Strassenbahnen geführt hätte. Ueber die Durchführung des 20Groschentarifs wurde eine ganze Reihe von Beschwerden erhoben. Die Direktion der Strassenbahnen ist sich bewusst, dass der Tarif Mängel aufweist, die zum grossen Teil werden beseitigt werden können, wenn Erfahrungen vorliegen und wenn im Aufbau des Tarifwesens weitergegangen wird. Für die Beförderung von Gepäck und Hunden wurde in der ersten Hälfte Dezember rund 80.000 Fahrtscheine ausgegeben und insbesondere der Gepäcktarif hat sich gut eingeführt. Auch die 64 Groschen Tour- und retourkarten für den Sonntag haben sich bewährt. An den Sonntagen im Dezember sind schon bisher 34 Prozent aller Fahrtscheine 64 Groschenfahrtscheine gewesen. Die Strassenbahn rechnet damit, dass sich diese Einrichtung einleben wird und dass man dann die Frage wird prüfen können, ob nicht auch an Sonntagen der Kurstreckentarif in Geltung gesetzt werden können. Die Strassenbahn beschäftigt sich auch sehr eingehend mit dem System des 10Groschentarifs. Wahrscheinlich wird das Budapester Beispiel auf die Wiener Verhältnisse nicht so ohne weiteres übertragen werden können. Sobald die Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen sein werden, wird vorerst auf einigen Versuchslinien ein System für das Einkassieren bei der Einführung des 10Groschentarifs erprobt werden.

Was das städtische Brauhaus betrifft, so rechnet es wie auch andere Bräuhaus mit einem ausserordentlichen Rückgang. Der Rückgang an Biersteuer beträgt beim städtischen Brauhaus allein 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen. Nichtsdestoweniger hofft auch das Brauhaus noch einen Gebarungüberschuss von 50.000 S erzielen zu können. Schliesslich ersucht St. R. Dr. Danneberg die Bilanzen der städtischen Unternehmungen zu genehmigen (Beifall b. d. Mehrheit).

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI

Wien, am.....

GR. Prinke (chr. soz.) hat den Antrag eingebracht, die Preismässigung für Schüler an Sonn- und Feiertagen bis 12 Uhr mittags gelten zu lassen.

GR. Uebelhör (chr. soz.) führt aus, dass von den 3 Monopolunternehmungen der Gemeinde, Gaswerk, E. Werk und Strassenbahn, die Gaswerke und E. Werke zusammen einen Reingewinn von 17 Millionen S präliminieren. Das ist nur möglich geworden, weil die Tarife der beiden Unternehmungen entsprechend verteuert wurden. Die Strassenbahn ist das Sorgenkind der Gemeinde; seine Tarifpolitik ist eine ganz verfehlte. Bei der Einführung des 20 Groschentarifcs wurde eine Zoneneinteilung gemacht, die ganz unverständlich ist. Es wäre dringendst notwendig, eine vernünftige Zoneneinteilung zu treffen, die auf die lokalen Verhältnisse Rücksicht nimmt. Der Redner verlangt Aufklärung über die Leistungsfähigkeit des E. Werkes, insbesondere hinsichtlich des Wasserkraftstromes, und über das Verhältnis des Gaswerkes zum E. Werk. Es wäre auch sehr wünschenswert, durch den Ausbau der Wasserkräfte und durch Verbilligung der Strompreise insbesondere die Verwendung des Kraftstromes zu fördern. Sie haben bis vor kurzem getadelt, dass die frühere Verwaltung aus den städtischen Unternehmungen Gewinne gezogen habe. Jetzt aber machen Sie genau das Gleiche. Wir sind selbstverständlich nicht in der Lage die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen zu genehmigen (Beifall)

GR. Stöger (chr. soz.) beschäftigt sich zunächst mit dem städt. Brauhaus und bemerkt, man sollte es sich in einer Zeit, in der die Zahl der Patienten auf dem Steinhof so ausserordentlich steigt, sehr wohl überlegen, die Wirtschaft des Brauhauses so sehr in die Höhe zu schrauben und alles darauf anzulegen, durch das Brauhaus den Wirten solche Konkurrenz zu machen. Auch die Leichenbestattung ist nicht zu dem Zweck gegründet worden, um eine Monopolstellung zu geniessen. Sie sollte nach Luegers Plan ein Preisregulator sein und eine Unternehmung die die Gratisbestattungen durchführt. Heute macht sie durch die eingene Tischlereiwerkstätte dem Gewerbe die grösste Konkurrenz. Er erklärt, dass seine Partei gegen die Wirtschaftspläne der städt. Unternehmungen stimmen werde (Lobh. Beifall).

Nach dem Schlusswort des Referenten werden die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen genehmigt, der Antrag Prinke wird geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Vorsitzender W e i g l spricht im Auftrage des Bürgermeisters Seitz, der durch die Teilnahme an einer Weihnachtsfeier in Länz verhindert ist, dem amtsführenden Stadtrat Dr. Danneberg, der das Budget ausgearbeitet und vertreten hat, sowie allen seinen Mitarbeitern, ferner den Stenographen, der Rathauskorrespondenz und den Vertretern der Presse den besten Dank aus. Er wünscht den Mitgliedern des Gemeinderates gute Weihnachten und ein glücklicheres Neues Jahr und erklärt schliesslich, er glaube, dass alle Mitglieder des Gemeinderates mit ihm einverstanden sind, wenn er den Wunsch ausspricht, dass die gesamte Bevölkerung von Wien im Jahre 1934 ein besseres, ein glücklicheres Jahr erlebe, als es das Jahr 1933 war. (Lebhafter Beifall)

Die Sitzung wird hierauf um 20 Uhr 45 geschlossen.

.....